IN WELCHER ORDNUNG WOLLEN WIR LEBEN?

Freiburg – Wiege der Sozialen Marktwirtschaft

Walter Eucken und die Freiburger Schule

Meckelhalle im SparkassenFinanzZentrum Freiburg

07.04. - 30.04.2020

Walter Eucken und die Soziale Marktwirtschaft

von Dr. Uwe Dathe

Ein Aufsatz zur Ausstellung

Herausgegeben vom
Aktionskreis Freiburger Schule –
Initiative für Ordnungspolitik e.V.

Inhalt

Grußwort
Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages 5

Impuls
Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld und Margot Selz 7

Ausstellung:
In welcher Ordnung wollen wir leben?
Freiburg – Wiege der Sozialen Marktwirtschaft
Walter Eucken und die Freiburger Schule 9

Ausschnitt aus der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck
anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Walter Eucken Instituts
am 16. Januar 2014 in Freiburg 10

Walter Eucken und die Soziale Marktwirtschaft
Aufsatz von Dr. Uwe Dathe 12

Kurzbiographie Dr. Uwe Dathe 26

Kurzbiographie Walter Eucken
Wendula von Klinckowstroem 27

Grußwort

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolg – seit Jahrzehnten. Von Freiburg ausgehend haben Walter Eucken und andere Vertreter des Ordoliberalismus den gedanklichen Grundstein für den Wohlstand in Deutschland gelegt. Das Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft ist bis heute hoch, national wie im Ausland. Das liegt nicht zuletzt an ihrer konsequenten Orientierung am Menschen. Sie setzt auf Anreize und Freiheiten, um menschliche Stärken zu fördern. Zugleich begrenzt sie durch kluge Regelsetzung die mit menschlichen Schwächen verbundene Gefahr von Fehlentwicklungen. Es ist kaum verwunderlich, dass die Soziale Marktwirtschaft beim Transformationsprozess nach der Friedlichen Revolution und den Umstürzen 1989/90 als Blaupause für die Reformen in vielen Staaten Osteuropas diente.

Die Geschichte geht aber weiter, sie ist nie zu Ende. Und Erfolge müssen stets neu errungen werden. Auch die Soziale Marktwirtschaft ist nicht mehr unumstritten. Insbesondere die junge Generation hat veränderte Erwartungen, mit Blick auf die eigene Life-Work-Balance und mit Blick auf nachhaltige Entwicklung. Es braucht neue Antworten auf die großen Herausforderungen, die mit der Globalisierung, dem Klimawandel und der Digitalisierung verbunden sind. Antworten werden aber am ehesten dort gefunden, wo man offen für Wandel ist, sich anpassen kann. Und Anpassungsfähigkeit zählt zu den Kennzeichen der Sozialen Marktwirtschaft. Darauf hat Walter Eucken immer verwiesen, und das geht auch aus dieser eindrucksvollen Ausstellung hervor, für die ich gerne die Schirmherrschaft übernommen habe. Dass sie sich insbesondere an Schülerinnen und Schüler richtet, um ihnen die Grundprinzipien unserer Wirtschaftsordnung als Baustein für eine offene Gesellschaft zu vermitteln, begrüße ich ausdrücklich. Ich wünsche dem Projekt gutes Gelingen und der Ausstellung zahlreiche neugierige Besucher.

Dr. Wolfgang Schäuble
Präsident des Deutschen Bundestages

Impuls

Wie entstand die Soziale Marktwirtschaft? Welche Grundgedanken und Erfahrungen haben dieses Wirtschaftssystem geprägt? Was haben Walter Eucken und die Freiburger Schule dazu beigetragen? Welche Möglichkeiten und Impulse bietet gute Ordnungspolitik für die Herausforderungen der Zukunft, sei es Digitalisierung, Klimawandel, Handelskonflikte oder die Bewältigung von Krisen wie Finanz- und Staatsschuldenkrise?
Diese und weitere Fragen beantwortet die Ausstellung „In welcher Ordnung wollen wir leben? Freiburg – Wiege der Sozialen Marktwirtschaft. Walter Eucken und die Freiburger Schule."

Das weltweit anerkannte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft greift zurück auf die Tradition der Freiburger Schule und den in Deutschland einzigartigen professoralen Widerstand in der Zeit des Nationalsozialismus. Gleichermaßen wird aufgezeigt, dass dieses Konzept entwicklungsfähig und zukunftsorientiert ausgelegt ist, indem Regeln und Rahmenordnung der Wirtschaft an die Herausforderungen der Zukunft angepasst werden können.

Das 900-jährige Stadtjubiläum ist ein willkommener Anlass, die Bedeutung der Freiburger Schule für die Soziale Marktwirtschaft visuell, multimedial und interaktiv für die breite Stadtgesellschaft aufzubereiten. Als Zielgruppe werden neben den Freiburger Bürgerinnen und Bürgern insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene angesprochen, für die eigens digitale Vermittlungsformate entwickelt werden. So haben jüngere Besucher die Möglichkeit, sich über Werte, Regeln und Zukunftspotential dieses Wirtschaftskonzepts zu informieren, in dessen Zentrum der freie und selbstbestimmte Mensch steht. Durch Führungen

und Diskussionen für Schüler mit renommierten Ökonomen soll der Diskurs mit der jungen Generation über wirtschaftliche und politische Zusammenhänge befördert werden.
Konzipiert wird diese Ausstellung vom Aktionskreis Freiburger Schule in Zusammenarbeit mit dem Walter Eucken Institut Freiburg und der Universität Freiburg. Sie ist vom 7. – 30. April 2020 in der Meckelhalle der Sparkasse Freiburg zu sehen und wandert anschließend nach Stuttgart (ab 18.5.2020) sowie durch weitere Städte in Baden-Württemberg und darüber hinaus, um möglichst vielen jungen Menschen den Zugang zu diesem wichtigen Konzept zu ermöglichen.

Dipl.-Volksw. Margot Selz
Vorsitzende des Aktionskreises Freiburger Schule – Initiative für Ordnungspolitik e.V.

Prof. Dr. Dr. h. c. Lars P. Feld
Direktor des Walter Eucken Instituts e.V.

Die Ausstellung

Themen:

1. Walter Eucken persönlich
2. Was lief schief in Weimar? Der Staat als Marionette
3. Nationalsozialismus: Der totale Staat
4. Die Freiburger Schule: Ordnung in Freiheit
5. Soziale Marktwirtschaft: Der Freiburger Einfluss
6. Ordnungspolitik für Europa?
7. Welche Spielregeln braucht die globale Wirtschaft?
8. Ungewisse Zukunft? – Ordnungspolitik als Daueraufgabe

Außerdem:

- Zeitstrahl von1900 bis heute
- 3 Medienstationen für Schülerprojekte, Interviews, Dokumentationen
- Monitor für den Film „Der Freiburger Kreis - Akademischer Widerstand wird Thinktank Deutschlands“, Dokumentarfilm von Jakob Ortmann
- 9 Fahnen für die Fenster in der Meckelhalle
- 10 Displays „Soziale Marktwirtschaft to go”
- Plakate für Eingangs- und Ausgangswand
- Botschaft am Boden in der Mitte der Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“
- Vitrinen mit Fotos und Digitalisaten aus dem Nachlass Euckens
- 10 – 12 Sitzwürfel mit Fragen und Zitaten
- Website und Quiz zur Ausstellung

April 2020	**Freiburg, Meckelhalle im SparkassenFinanzZentrum**
Mai 2020	**Stuttgart, IHK Region Stuttgart**
Juli 2020	**Lörrach, Sparkasse Lörrach**

Ausschnitt aus der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich des 60-jährigen Bestehens des Walter Eucken Instituts am 16. Januar 2014 in Freiburg:

„Hier in Freiburg haben unabhängige Geister – in Zeiten totalitärer Herrschaft – eine Ordnung der Freiheit entworfen, eine Ordnung, die nach dem Zweiten Weltkrieg, in Zeiten großer Skepsis gegenüber liberalen Wirtschaftssystemen, dazu beigetragen hat, Deutsche mit Marktwirtschaft und Wettbewerb zu befreunden. Hier wurde ein Kapitel der Freiheitsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland geschrieben.

Denn die Freiheit wurde als wichtiges Thema in die Gesellschaft eingebracht, indem man über die Freiheit der Wirtschaft redete. Denn Freiheit in der Gesellschaft und Freiheit in der Wirtschaft, sie gehören zusammen. Wer eine freiheitliche Gesellschaft möchte, möge sich einsetzen für Markt und für Wettbewerb und gegen zu viel Macht in den Händen weniger. Er muss aber auch wissen: Eine freiheitliche Gesellschaft beruht auf Voraussetzungen, die Markt und Wettbewerb allein nicht herstellen können.

Gedanken und Begriffe Walter Euckens können uns bei dieser doppelten Aufgabe helfen. Er suchte nach einer Wirtschafts- und Sozialordnung, die <<wirtschaftliche Leistung und menschenwürdige Daseinsbedingungen gleichermaßen gewährleistet>>, nach einer Ordnung, die auf die Freiheit des Menschen ausgerichtet ist. Und er fand vieles, was diese Freiheit – heute wie damals – bedroht.“

Von der alten zur neuen Wirtschaftspolitik

Von Professor **Walter Eucken** (Freiburg)

Ist es nicht genug,
daß ich es Dir einmal gesagt habe?

Seit der Währungsreform war die westdeutsche Wirtschaftspolitik unstet. Sie suchte wegzuräumen, den die Vergangenheit aufgetürmt hatte, indem das westdeutsche Preissystem wieder funktionsfähiger gemacht wurde, gelang eine ungewöhnliche Steigerung der Produktion und eine wesentliche Verbesserung der Versorgungslage. Aber diese Erfolge sind nur ein Anfang. Das Wesentliche bleibt noch zu tun. Es kommt darauf an, eine Wirtschaftsordnung entstehen zu lassen, in deren Rahmen das wirtschaftliche Leben der Deutschen gesichert wird.

Diese Aufgabe ist vor allem durch e i n Faktum erschwert: Die Hilfe des Marshallplanes verwendet sich schon 1950 und wird Mitte 1952 beendet sein. So entsteht das Problem, Wahrungsmittel und Rohstoffe in weit höherem Maße als bisher aus eigenen Exportleistungen bezahlen. Aber die Aufuhr, gerade in dem Dollarbereich, ist sehr gering. Berechnet nach den Ziffern des letzten Vierteljahres würden jährlich aus dem Dollarbereich etwa 1500 Millionen Dollar eingeführt, aber nur etwa 90 Mill. Dollar exportiert. Entscheidend also ist es, den Export rasch zu steigern, damit die unentbehrliche Einfuhr aufrechterhalten und eine ertragbringende Spur der deutschen Lebenshaltung verhindert wird. Hierdurch erhält das wirtschaftspolitische Problem eine ganz bestimmten Gegenwart aeinen besonderen Charakter.

Lehren eines Fehlschlags

Vielleicht ist es gut, in diesem Augenblick an die Zeit nach dem ersten Weltkrieg zurückzudenken. Damals — nach der Stabilisierung der Mark Ende 1923/ 1924 — war es auch nötig, die Wirtschaft neu zu ordnen. Damals aber ist das Problem nicht gelöst worden. In der Welt gelang es nicht, ein zureichendes Währungssystem wieder aufzubauen; nicht einmal mußte es möglichen, ein Handelsvertragssystem herzustellen, das der internationalen Arbeitsteilung eine sichere Grundlage bot. In ihnen aber entwickelten sich in den meisten Ländern Wirtschaftskrisen und soziale Machtkämpfe, die soziale, politische und wirtschaftliche Spannungen hervorriefen. Die Weltwirtschaftskrise von 1929–1932 brachte dann Ausdruck, daß die Wirtschaftsordnungen nicht funktionierten. In ihrem Verfall wurden internationalen und dem binnenländischen Wirtschaftsprozeß kein zureichendes Steuerungssystem gegeben. Geldsystem und Marktformen waren unstabil. Die Krise verschärfte sich in einem kumulativen Prozeß. Gerade diese Wirtschaftskrise, die ihresgeis wieder den Anstoß zu einer weiteren unglücklichen Entwicklung gab, läßt erkennen, woraus es heute geht. Die Fehler von damals sind zu vermeiden. Der Aufbau zureichender Ordnungen muß gelingen, damit nicht abermals eine ähnliche Katastrophen eintritt.

Ist es nicht genug, daß ich es Dir einmal gesagt habe? An dieses Bibelwort wird man erinnert, wenn auch in Deutschland starke Tendenzen wirksam werden, die Fehler von damals zu wiederholen, ohne Rücksicht auf die Ordnungsaufgabe Wandelungen durchzusetzen. Vergessen zu hat die Geschichte schon einmal ihr Urteil gesprochen.

Darüber muß allerdings Klarheit bestehen, daß die Situation heute wesentlich schwieriger ist als 1924. Man braucht nur an die weltpolitische Lage im ganzen, an die Größe der Zerstörungen und die Zerspaltung Deutschlands zu denken. Wenn also die Ordnungsaufgabe im ersten Jahrzehnt nicht gemeistert wurde, so müssen wir uns bemühen, sie jetzt mit verstrengen wesentlich gesteigert werden, wenn die vergrößerte Aufgabe zu bewältigen.

Klüger durch Erfahrungen

Freilich sind wir in gewisser Richtung hierfür besser gerüstet — oder konnten es sein. Damals fehlte die Erfahrung. Im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert waren zwar viele Ideologien zur Gestaltung der Wirtschaft entworfen. Aber die Gestaltung der Ordnung selbst war von der Wirtschaftspolitik noch nicht als umfassende Aufgabe aufgegriffen worden.

Als man dann nach dem ersten Weltkrieg neu zu ordnen begann, wurden **Experimente gewagt, deren Folgen** nicht gesehen sah. Man experimentierte mit neuen Währungsformen, Marktregelungen, zentraler Planung usw. — **ohne zu wissen,** was dabei herauskommen werde. Heute ist das anders. Die Erfahrungen mit diesen Experimenten liegen vor. Wir sind imstande, aus der jüngsten Vergangenheit zu lernen und sie für die Zukunft zu nutzen.

1. Vor allem hat es sich gezeigt, daß die sozialen und wirtschaftlichen Probleme nur im Rahmen freier Ordnungen gelöst werden können. Ordnungen, in denen der Wirtschaftsprozeß mit zentralen Plänen gelenkt wird, bieten keine Möglichkeit für die Lösung der sozialen Frage. Die freie Konsumwahl, die freie Wahl des Arbeitsplatzes usw. haben sich als Voraussetzungen dafür erwiesen, um das soziale Problem zu bewältigen. Wie sich gezeigt hat, also in zentralen Planstellen konzentrierte Macht vorhanden ist, sind weder Sicherheit des Einzelnen noch freie Versorgung und Verteilung, noch zureichende Versorgung gegeben. Wohl kann eine Zeitlang Vollbeschäftigung und Angestellte ständig beschäftigt werden. Aber diese Sicherheit der Beschäftigung ist mit Unsicherheit der Existenz Art bezahlt. Wo er arbeitet, was er erhält und ob er nicht von heute auf morgen seinen Willen irgend wohin kommandiert wird — ist unsicher. Sein Versorgungsniveau ist dauernd gefährdet. Auch wenn Wirtschaftsordnungen zentraler Planung ist zugleich das Bauernland — der Arbeiterwerk, die kleinere Industrie, der Einzelhandel bedroht, — eben weil die zentralen Planstellen über den ganzen Wirtschaftsprozeß verfügen und nirgends selbständig planende und handelnde Betriebe tätig sind.

Darin liegt ein wesentlicher Fortschritt, daß die Gefahren dieser Entwicklung deutlich gesehen werden. Früher wurde darüber diskutiert, ob eine Planung wünschenswert wäre. Heute ist diese Diskussion in Deutschland abgeschlossen. Jedermann sieht die Arbeiterstadt weiß, daß nur eine freie Ordnung in Betracht kommt. — Heute fragt es sich, wie eine freie Ordnung realisiert werden kann, nicht aber o b sie erstrebt wird.

2. Auch zur Beantwortung dieser Frage können die Experimente des dritten und vierten Jahrzehnts viel aus. Vor allem hat sich gezeigt, daß die Wirtschaftspolitik nicht „punktuell" getrieben werden kann, wenn sie Erfolge haben und zum Aufbau einer zureichenden Gesamtordnung führen soll. Früher glaubte man zur Lösung sozialer Probleme Sozialpolitik, zur Lösung von Währungsproblemen Währungspolitik, von Agrarproblemen Agrarpolitik treiben zu sollen. Diese punktuelle Wirtschaftspolitik ist gescheitert und mußte scheitern. Für die Lösung der Probleme sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit z. B. hat sich auch die Währungspolitik als entscheidend wichtig erwiesen. Ob die Devisen bewirtschaftet sind oder nicht, geht jeden Arbeiter unmittelbar an. Denn davon kann es abhängen, ob er einen Arbeitsplatz findet oder nicht und ob die Situation heute wesentlich anders ist als 1924. Man braucht nur an die weltpolitische Lage im ganzen, an die Größe der Zerstörungen und die Zerspaltung Deutschlands zu denken. Wenn also die Ordnungsaufgabe im ersten Jahrzehnt nicht gemeistert wurde, so müssen wir uns bemühen, sie jetzt mit verstrengen wesentlich gesteigert werden, wenn die vergrößerte Aufgabe zu bewältigen.

Lenkung durch Preise

Man spricht oft von dem Gegensatz „gelenkter" und „freier" Wirtschaft. In dieser Antithese erscheint dann die freie Wirtschaft als eine Wirtschaft, die k e i n e Lenkung besitzt. — In Wahrheit ist es der Gegensatz zweier Typen der Wirtschaftsprozeß wird entweder durch zentrale Planstellen — oder durch Preise gelenkt. Will man keine zentrale Lenkung, dann bleibt nur die Lenkung durch Preise übrig. Und da Preise in den Geldprozessen und Marktformen verschiedenartig steuern, ist die Verwirklichung besonderer Marktformen und Geldsysteme notwendig, um eine freie und zureichende Ordnung im ganzen entstehen zu lassen.

Alles in allem haben es also die Erfahrungen der Vergangenheit möglich gemacht, das Studium der Gestaltungsaufgabe Wirtschaftspolitik zu überwinden. Jetzt können wir an die schwierige Aufgabe, die der zweite Weltkrieg gestellt hat, mit wirtschaftspolitischer Erfahrung herantreten, die früher fehlte. Ein neuer Stil der Wirtschaftspolitik ist möglich. — Philosophen haben behauptet, die Geschichte lehre, daß der Mensch aus der Geschichte nichts lerne. In vielen Fällen gilt der Satz zu Recht. Aber er muß nicht gelten — wie die Geschichte deutlich falls beweist. Und es ist möglich, daß die Aufgabe, die das soziale Jahrzehnt wirtschaftspolitischer Erfahrung heranführten, die früher fehlte. Ein neuer Stil der Wirtschaftspolitik ist möglich. — Philosophen haben behauptet, die Geschichte lehre, daß der Mensch aus der Geschichte nichts lerne. In vielen Fällen gilt der Satz zu Recht. Aber er muß nicht gelten — wie die Geschichte deutlich falls beweist. Und es ist möglich, daß die Aufgabe, die das soziale Jahrzehnt wirtschaftspolitischer Erfahrung heranführten, die früher fehlte. Ein neuer Stil der Wirtschaftspolitik ist möglich.

In der inneren Wirtschaftspolitik Westdeutschlands ist es daher erforderlich, eine klare Gesamtentscheidung über die „Wirtschaftsverfassung" zu treffen, darauf alle Maßnahmen in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung abzustellen und so die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Das Grundprinzip dieser Wirtschaftsverfassung muß sein — wie gerade nach den Erfahrungen der Vergangenheit — die Leistungswettbewerb sein. In anderer Weise ist eine freie Gesamtordnung nicht zu verwirklichen.

Zur Realisierung dieser Wirtschaftsverfassung ist das Monopolgesetz, das bevorsteht, von wesentlicher Bedeutung. Das Monopolgesetz ist nur ein Spezialgesetz. Aber es sollte zugleich mehr sein. Es sollte die Ausschaltung wettbewerbsbeschränkender Macht sein. Wieder käme es zu einer Vermachtung, dem Gegensatz der Machtgruppen, der Feindschaft, der Spaltung und Verhetzung und all den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Schäden, die wir kennen. Machtgruppen sind dann für die Preisbildung und damit für die Lenkung des Wirtschaftsprozesses entscheidend. Solche gleichgewichtslosen Wirtschaftsordnungen haben alle die Tendenz, sich zur zentralen Planung hin zu entwickeln. Würden jetzt wieder — wie ehedem — wirtschaftliche Machtgebilde anfangen zu wuchern, so würde für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des neuen Staates ein schlechter Anfang gemacht.

Das Monopolgesetz ist also unentbehrlich. Aber es ist nur ein Beginn. Denn selbstverständlich kann eine Wettbewerbsordnung nicht etwa durch ein Monopolgesetz allein verwirklicht werden. Es ist nur ein kleines Teilstück. Das gesamte Steuer-, Gewerbe-, Patentrecht usw. ist so zu gestalten, daß insgesamt ein zureichender Rahmen für den Ablauf des alltäglichen Wirtschaftsprozesses entsteht.

Auch die übermäßige Ausdehnung der Haftungsbeschränkung — z. B. im Gesellschaftsrecht — hat wesentlich dazu beigetragen, die industrielle Konzentration zu fördern und die Verantwortung abzuschwächen, die zu einer Wirtschaftsverfassung des Wettbewerbs gehört. Hier ist ebenfalls eine Reform nötig.

Nun zeigt sich die große wirtschaftspolitische Aufgabe, die zu bewältigen ist. Die gesamte Wirtschafts- und Rechtspolitik im Sinne des Aufbaues einer Wirtschaftsverfassung des Wettbewerbs zu gestalten. Nicht Doktrinen und nicht Ideologien, sondern die Erfahrungen zwingen uns, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. Dabei geht es nicht nur um ein menschenwürdiges Versorgungsniveau und um Vermeidung von Arbeitslosigkeit, sondern auch um die freien Ordnungen in Gesellschaft und Staat, die mit der Wirtschaftsordnung nahe zusammenhängen.

Europa - ein Teilstück

Diese Wirtschaftsverfassungspolitik im Inneren ist zugleich die Voraussetzung für die Aufrichtung einer funktionsfähigen internationalen Wirtschaftsordnung. Es gibt nur wenige Länder, die in so hohem Maße die Weltmarkt auf die internationale Arbeitsteilung angewiesen sind. Das deutsche Wirtschaftsleben ist zerrüttet, die Bevölkerung hat sich in Westdeutschland durch Zuwanderung mastiert. Sie kann nur bei intensiver Außenhandelsverflechtung existieren, also nur dann, wenn auf dem Gebiete der internationalen Arbeitsteilung möglichst vollständig Gewinne gesucht. Jede Form der Autarkiepolitik wäre gerade unter den jetzigen Verhältnissen ein Unglück. Zwei Probleme sind es, die hier der Lösung bedürfen: Die europäische Wirtschaftseinheit und die Verflechtung mit der übrigen Weltwirtschaft, vor allem mit dem Dollarraum. Und zwar ist die wirtschaftliche Verschmelzung mit den europäischen Ländern ein wesentliches Teilstück der angestrebten Ordnung.

Für das europäische Problem gilt, daß es nicht mit der Methode der Subordination bewältigt werden kann. Nicht also in der Art, daß ein Land die Wirtschaftspläne der anderen Länder bestimmt, die ebenfalls auf Grund zentraler Pläne ihren Wirtschaftsprozeß lenken. Dann würde z. B. die Lenkung der Investitionen des beherrschten Landes durch die Zentralstellen des dominierenden Staates angeordnet und es würde von dort aus bestimmt, ob und wie weit der Kohlenbergbau, die Textilindustrie usw. auszubauen sind. Diese Methode der Subordination kommt für die westliche Welt nicht in Betracht. Der hochentwickelte Industrieapparat der westlichen Länder kann durch globale Bewirtungen zentraler Pläne nicht in richtiger Weise gelenkt werden. Welche Investitionen sollen in der ersten folgen können und müssen. Für den Aufbau eines europäischen Handelsvertragssystems wäre der Boden bereitet.

Die Einheit der Wirtschaftspolitik

Durch zwei Jahrzehnte hindurch sind wir in eine Wirtschaftspolitik der Autarkie geweiht. Wir haben verlernt, unsere Wirtschaftspolitik in Verbindung mit der äußeren zu sehen — und danach zu handeln. Exportsteigerung und Importbeschränkung in die Weltwirtschaft können wir nicht dadurch erreichen, daß einem devisenpolitische und handelspolitische Anstrengungen gemacht werden. Darüber hinaus ist es nötig, die ganze innere Wirtschaftspolitik danach auszurichten. Die Agrarpolitik sollte nicht in autarkistischem Denken befangen bleiben und nicht versuchen, eine Ordnung der Agrarwirtschaft herzustellen, welche den Leistungswettbewerb ausschließt und durch „Marktregelungen" die deutschen Agrarmärkte mit der Dauer von den Weltmärkten trennt. Dadurch wird u. a. der Aufbau eines zureichenden Handelsverkehrs gesperrt.

Am Anfang steht die Währungsfrage

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die r i c h t i g e n Ordnungsformen an. Solange sie fehlen, solange also die Lenkungsmechanik der Preise auch international nicht funktioniert, sind alle weiteren Versuche, europäische Einheit zu verwirklichen, zum Scheitern verurteilt. Zollunionen z. B. haben solange keinen Sinn, wie zentrale Planstellen den Wirtschaftsprozeß in der beteiligten Ländern bestimmen. Dann kann nicht mit den Preisen der zentralen Plänen regulliert. Und wenn die maßgebenden Planstellen, auch nur eines der verbundenen Länder für Zollunion nicht gewillt oder imstande ist, den Austausch mit anderen Lande zu erzwingen, so bedeutet die Zollunion so gut wie nichts. Ein gemeinsamer Außenhandel, ein Außenhandels kann ebenfalls solange nur geringe Wirkungen haben, wie im Nebeneinander verschiedener Ordnungsformen eine einheitliche Wirtschaftsrechnung in Europa nicht zu stillingt, die den richtigen europäischen Handel und Haushalte aufeinander abzustimmen. Wie meist, so kommt es auch an diesem Punkte auf die richtige „Rangleiung" der Probleme an. Am Anfang steht das europäische Problem die Währungsfrage. Sie besitzt einen Primat. Denn solange — in vielen Ländern — durch Devisenbewirtschaftung der freie und zugleich stabile Tausch der Währungen gegeneinander unmöglich ist, sind auch die Preissysteme der einzelnen Länder nicht aufeinander abgestimmt. Deshalb besitzt der — von der ECA ausgearbeitete — Plan der Clearing-Union, der gerade in diesen Tagen vorgelegt wurde, erhebliche Bedeutung. Es ist unmöglich, ihn schon jetzt im einzelnen zu beurteilen. Aber so viel ist sicher, daß mit dem Anfassen der europäischen Währungsfrage und mit dem Versuch, die europäischen Währungen bei stabilen Kursen gegeneinander frei austauschbar zu machen, der Hebel an der richtigen Stelle eingesetzt wird. Dieses Projekt wird die wirtschaftspolitische Diskussion und — wenn es gelingt — die Wirtschaftspolitik der nächsten Zeit bestimmen. Würde es glücken, so oder so zu freien und stabilen Devisenmärkten zu kommen, so würde die Voraussetzung für den Abbau von Einfuhrverboten und Zöllen und für die Herstellung erheblicher Zollunionen gegeben sein. Eine ganze Serie wirtschaftspolitischer Maßnahmen würde also dieser Baumwollindustrie oder im Maschinenbau Deutschlands, Belgiens, Frankreichs usw. erfolgen? Diese Fragen können wirtschaftlich sinnvoll nur beantwortet werden, wenn international Preis-Kostenvergleiche möglich sind.

Die Dollarlücke

Diese europäische Wirtschaftseinheit bedeutet jedoch noch nicht Weltwirtschaft. Unentbehrlich ist ebenso die Arbeitsteilung mit außereuropäischen Ländern und vor allem mit den Vereinigten Staaten. Zur Zeit sind die deutschen Preise für den Export in den Dollarraum viel hoch: der Dollarkurs ist zu niedrig und das Kostengefüge — auch bei Berücksichtigung der durch den internationalen Wettbewerb angepaßt. Beide Momente sind wichtig. Es gehört zum Gleichgewichtsbegriff auch im Verkehr mit dem Dollarraum — so wie im europäischen Raum — an Stellen von der Wirtschaftspolitik angestrebt werden. Vorläufig allerdings wird nur auf gewissen Gebieten Ausgangsmaßnahmen ergreifen können. In Verbindung hiermit gehört auch die Beseitigung der Devisenlücken Staaten, der erhebliche amerikanische Zollerleichterungen in Aussicht stellt. Clearing-Union in Europa und eine Wahrungsgestaltung, der Annäherung an den Gleichgewichtskurs des Dollars widersprechen sich nicht, sondern ergänzen sich.

Sobald im Aufbau der internationalen Ordnung Fortschritte erzielt sind, wird es möglich, auch die große Frage des europäischen Kapitalmarkts in Angriff zu nehmen. Nun besteht ein Lenkungssystem, das anzeigt, wohin z. B. amerikanische Kredite fließen sollen. Und nun werden diese Auslandskredite sinnvoll verwandt, eben weil die Bedingungen der Konkurrenzpreise und der Kostenrechnung sie verteilt.

Deutsche Auslandswerte

Kritik in der Schweiz

R.K.N. **Zürich.** (Eigener Bericht.) Das Washingtoner Abkommen, durch das sich die Bundesregierung der deutschen Vermögenswerte in der Schweiz verpflichtet hat, steht in diesen Tagen wiederum im Mittelpunkt der Diskussionen im Nationalrat, wo die Durchführungsbestimmungen dieses Abkommens entrirrt werden. Die Angriffe gegen dieses Uebereinkommen gehen so weit, daß es als Kind des „Verrates" und Potzdam" bezeichnet und die maßgeblichen Behörden beschuldigt wurden, unter amerikanischem Druck und zum Zweck der Befreiung der in den USA gesperrten schweizerischen Vermögenswerte die alten Sünden verletzt zu haben. Ein konservativer Abgeordneter bezeichnete es als schwere Niederlage der Schweiz auf dem Felde des internationalen Rechts und behauptete, es widerspreche der Charta der Menschenrechte. Die Beschlagnahmung der deutschen Beschlagnahmung dieses Vermögens wird noch verstärkt, da ein Umwechslungskurs für die deutschen Frankenguthaben in Markenschädigungen noch immer nicht festgesetzt ist. Daß auf der Seite der Erbse dieser Zwangsliquidation die Schweiz sich für die Ansprüche ihrer in Deutschland kriegsgeschädigten Landsleute schadlos halten kann, wurde als eine weder sachlich noch rechtlich berechtigte Argumentation bezeichnet.

Während also im Nationalrat dieses Abkommen scharfster Kritik unterzogen und dem Bundesrat, der es zu verteidigen hat, vielfach nur zugute halten wird, daß er in seiner Entscheidung nicht frei war, weist die schweizerische Finanzpresse vor allem darauf hin, daß die gesamten deutschen Auslandswerte nur der Verkrzeit 10 bis 14 Milliarden Reichsmark betragen, deren Auslandsschulden in der totalen Höhe von 10 Milliarden Reichsmark gegenüberstanden. Bei einer schonenden und sachgemäßen Liquidierung wäre also eine Befriedigung der Auslandsgläubiger zu rund 80 Prozent möglich gewesen, während die bisherige Liquidationspraxis gegenüber der Gläubiger Rechnung getragen werden sei, wird hier immer eindringlicher betont.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Dezember 1949

Walter Eucken und die Soziale Marktwirtschaft

von Dr. Uwe Dathe

Obwohl der Begriff „Soziale Marktwirtschaft" im Werk Walter Euckens nicht vorkommt, zählen Politiker, Publizisten und Wissenschaftler seit Anfang der 1950er Jahre Eucken zu den wichtigsten Wegbereitern sowohl des wirtschaftspolitischen Konzepts als auch der Politik der Sozialen Marktwirtschaft. In der Öffentlichkeit wurde der Begriff „Soziale Marktwirtschaft" populär, als Ludwig Erhard seine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nach der Wirtschafts- und Währungsreform vom Juni 1948 als Soziale Marktwirtschaft bezeichnete. Erhard gilt seitdem in Deutschland und im Ausland als der große Praktiker und eigentliche Vater der Sozialen Marktwirtschaft. Es war aber Erhard selbst, der mehrmals erwähnte, dass er den Werken Euckens und anderer Freiburger zahlreiche Anregungen für seine Wirtschaftspolitik verdankte. So betonte er in einer Festschrift für Franz Böhm „freimütig, dass ohne Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, F. A. von Hayek, Alfred Müller-Armack und viele andere, die mitdachten und mitstritten, mein Beitrag zur Grundlegung der freiheitlichen, sozial verpflichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kaum möglich gewesen wäre".[1] Die von Erhard erwähnten Wissenschaftler hielten fest an den klassischen rechtlichen Grundlagen jeder liberalen Wirtschaftsordnung (Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung, Wettbewerbsfreiheit), hatten aber erkannt, dass diese nicht ausreichen, um die individuelle Freiheit aller Bürger zu garantieren und die Herausbildung wirtschaftlicher Machtpositionen zu verhindern. Ihre Idee war es, einen Ordnungsrahmen für die Wirtschaft zu gestalten, mit dem der Staat die für alle Marktteilnehmer bindenden Regeln setzt, ohne selbst wirtschaftlich aktiv zu werden. Betrachtet man die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Erhards Ideengebern genauer, werden deutliche Unterschiede sichtbar. Erhard, und das zeigt die Riege der von ihm aufgeführten Ökonomen und Juristen, komponierte seine Wirtschaftspolitik aus sehr unterschiedlichen Konzeptionen.[2] Auf die konzeptionellen ordnungstheoretischen und ordnungspolitischen Differenzen zwischen Erhards Vordenkern werde ich hier nicht eingehen. In meinem Beitrag möchte ich anhand einer bislang nahezu unbekannten Quelle nur skizzieren, wie Eucken nach 1945 in die Debatten um

die Neuordnung der deutschen Wirtschaft eingriff und wie sich sein Verhältnis zu Erhard gestaltete.[3] Wenn wir diesen Fragen nachgehen, muss auch ein Ökonom berücksichtigt werden, den Erhard in der Böhm-Festschrift nicht nannte, der aber von 1948 bis 1950 der Verbindungsmann zwischen der Freiburger Schule und Erhard war und ohne dessen Vermittlungsgeschick die Freiburger Ideen weit weniger Wirkung in der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit gezeitigt hätten.

Leonhard Miksch (1901-1950) war einer der engsten Vertrauten Euckens und einer seiner produktivsten Mitarbeiter. Er war 1927 in Tübingen bei Eucken promoviert worden und hatte sich 1937 in Freiburg ebenfalls bei Eucken mit einer bedeutenden Arbeit zur Wettbewerbsordnung[4] habilitiert. Von 1929 bis 1943 arbeitete er für die Wirtschaftsredaktion der „Frankfurter Zeitung", wo er in zahlreichen Beiträgen ordoliberale Ideen entwickelte und erläuterte. Miksch, der auch nach dem Krieg regelmäßig für Tages- und Wochenzeitungen schrieb und in allen Beiträgen die Ansichten der Freiburger Schule darstellte, wurde nach seiner Tätigkeit im Verwaltungsrat für Wirtschaft der amerikanischen und britischen Zone in Minden 1948 als Abteilungsdirektor in die Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes übernommen. Im Sommer 1949 lehrte er an der Wirtschaftshochschule Mannheim und wechselte zum Wintersemester 1949/50 auf einen Lehrstuhl an der Universität Freiburg. Miksch, der von Eucken und Böhm zur Freiburger Schule gezählt wurde und sich selbst als Freiburger verstand, unterhielt jedoch nie Verbindungen zu den Freiburger Kreisen.[5] Wie eng Eucken und Miksch nach 1945 wissenschaftlich und wirtschaftspolitisch zusammenarbeiteten, verdeutlicht eine Notiz aus Mikschs Tagebuch. Die Befürchtung eines Bekannten, dass er zu sehr im Schatten Euckens stehe, kommentierte Miksch am 7. März 1949:

> Richtig ist, dass eine Menge von dem, was ich gesagt habe, Eucken zugeschrieben wird, richtig ist aber auch, dass ich ihm im höchsten Grade verpflichtet bin, auch in geistiger Hinsicht. Sein Einfluss auf mich lässt sich kaum von der eigenen Denkarbeit abgrenzen. Eucken würde mich sehr gern in Freiburg haben, er fühlt sich dort etwas einsam, rechnet damit, dass Dietze, der ganz Theologe geworden sei, vielleicht nach Göttingen geht. Nichts wäre alberner und peinlicher als Prioritätsfragen, die ohnehin immer dubios

> sind, einem Manne gegenüber aufzuwerfen, der einen so gefördert hat. Das werde ich nie tun dürfen. Es bleibt also nur die Wahl, entweder getrennt und selbstständig zu arbeiten oder eine Art Symbiose einzugehen, aus der sich mein Anteil später nie mit Sicherheit wird herausfiltrieren lassen. Den Vorteil einer Vertretung der Freiburger Schule an verschiedenen Orten schlägt Eucken nicht so hoch an wie den einer unmittelbaren Zusammenarbeit.[6]

Die Grundgedanken seiner Vorstellung einer funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnung für die moderne industrialisierte Wirtschaft[7] entwickelte Eucken im Jahr 1946 in einigen Gutachten für die französische Militärverwaltung in Baden. Er konnte hier an die Arbeiten und Diskussionen aus der Zeit vor 1945 anknüpfen, in denen er mit Freunden und Kollegen die Grundzüge einer Wirtschaftsordnung für die Zeit nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes entwickelt hat. Eucken verschärfte in den Gutachten die Kritik an der Zentralverwaltungswirtschaft, die weder funktionsfähig noch menschenwürdig sei, und prüfte als deren Alternative die „freie Wirtschaft". In der „sog. freien Wirtschaft" erkannte Eucken eine vermachtete Wirtschaft, in der die zügellose unternehmerische Freiheit auch dazu gebraucht wurde, Kartelle, Trusts und Konzerne zu bilden und auf diesem Wege die wirtschaftliche Freiheit aufzuheben. Durch ihre wirtschaftliche Macht würden einzelne Gruppen politischen Einfluss gewinnen und dadurch die freie staatliche Verfassung untergraben.

> Die Lenkungsmethoden der Freien Wirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft sind gescheitert. [...] Die heutige Situation zwingt uns , nach einem neuen , dritten Weg zu suchen und auf die beiden kritisierten Lenkungsmethoden zu verzichten.[8]

Den dritten Weg sieht Eucken in der Wettbewerbsordnung mit dem vollständigen Wettbewerb als wichtigstem Ordnungsinstrument der Volkswirtschaft. Er führt die folgenden Gründe für diesen Weg an:[9]

1. Preise, die in vollständiger Konkurrenz zustande kommen, lenken den Wirtschaftsprozess sinnvoll. Die Wirtschaftsrechnung ist korrekt. Die Preise bringen die Knappheitsgrade der einzelnen Güter richtig zum Ausdruck.

2. In der Wettbewerbswirtschaft kann sich der Leistungswettbewerb entwickeln. Schädigungs- und Behinderungswettbewerb (Monopolkampf) fehlt.
3. Die Wettbewerbsordnung ist zur internationalen Ordnung geeignet und fördert eine funktionsfähige Weltwirtschaft.
4. Ordnung und Freiheit befinden sich im Gleichgewicht. Die Wettbewerbsordnung wahrt die Selbstverantwortung, die wirtschaftliche und politische Freiheit des Einzelnen und ermöglicht den Aufbau oder die Erhaltung einer freien Verfassung. Aber diese Ordnung gewährt nicht die Freiheit, durch Schaffung von Machtgebilden die Freiheit zu beseitigen.
5. In der konkreten historischen Situation kann nur durch die Wettbewerbsordnung die radikale Umstellung der Produktion von der Kriegs- zur Konsumgüterproduktion erreicht werden.

Dem Staat kommen wichtige Funktionen zu, um die Wettbewerbsordnung zu verwirklichen:[10]

1. Er sollte seine ganze Wirtschaftspolitik nunmehr dahin ausrichten, dass keine Konzerne, Pools, Trusts und andere Machtgebilde entstehen.
2. Der Staat muss eine funktionsfähige Währung schaffen, mit freien, stabilen Devisenkursen. Dabei ist auch eine staatliche Ordnung der Giralgeldschöpfung der privaten Banken durchzuführen.
3. Der Haftungsgedanke muss verschärft werden.
4. Ein umfassendes internationales Handelsvertragssystem ohne Einfuhrverbote und Kontingente muss aufgebaut werden.

In welcher Situation sich die Freiburger mit diesen Ordnungsvorstellungen befanden, verdeutlicht Mikschs Notiz vom 5. Oktober 1946:

> Als Liberaler steht man schon wieder wie 1933 zwischen den Besitzinteressen und der Borniertheit des Sozialismus. Wie anders könnte die Lage sein, wenn die Sozialdemokratie statt sich einer unklaren Planwirtschaft zu verschreiben, bei der Bekämpfung der privaten Macht - denn nur um diese geht es - etwa den Weg beschreiten würde, den die Freiburger Schule vorgezeichnet hat.[11]

Vor allem Eucken war vom Misserfolg seiner Bemühungen, die Besatzungsbehörden wirtschaftspolitisch zu überzeugen, zeitweilig so entmutigt, dass er Miksch gegenüber immer wieder betonte, gegen das „schlichte Denken" in eine radikale Oppositionsstellung zu gehen.[12] Seinen Rückzug als Gutachter für die Besatzungsverwaltung glich Eucken durch wissenschaftsorganisatorische Tätigkeiten und eine erhöhte publizistische Aktivität aus. Da er seine Argumente für eine Wettbewerbsordnung ohne private Macht in kleineren Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen wiederholte, Miksch die Vorstellungen der Freiburger zudem in zahlreichen Zeitungsartikeln[13] aufgriff und beide gemeinsam mit anderen Kollegen die ordnungspolitische Konzeption der Freiburger Schule auf Tagungen und in Seminaren schärften und verteidigten, wurden sie bald vom wichtigsten deutschen Wirtschaftspolitiker der Nachkriegszeit wahrgenommen. Im November 1947 lud Ludwig Erhard, damals Leiter der „Sonderstelle Geld und Kredit"[14] , Eucken und andere Ökonomen zu einer Aussprache über die Vorbereitung der von den Alliierten beabsichtigen Währungsreform ein.[15] Während es den Amerikanern und Briten aber auch den meisten deutschen Währungsexperten allein um die Neuordnung des Geldwesens ging, trat Erhard für eine Verbindung von Währungs- und Wirtschaftsreform ein. Unterstützt wurde er von den Ordoliberalen.[16] Das wurde deutlich, als die Sitzungsteilnehmer Probleme der Wirtschaftslenkung und der Preis- und Bewirtschaftungspolitik nach einer Währungsreform besprachen. Gegen die Argumente für eine „zentrale Lenkungswirtschaft", die vor allem Günter Keiser (1902-1993), ein sozialdemokratisches Mitglied der „Sonderstelle", vortrug, trat Eucken vehement auf. Es sei der „Sinn der Währungsreform, daß wir wieder richtige Preisrelationen bekommen, um dadurch die Direktive der volkswirtschaftlichen Kräfte zu haben". Nur der Preis sei das Lenkungsmittel, in dem sich „die richtigen Knappheitsverhältnisse" ausdrücken.

,,Wenn man eine funktionierende Währung hat, ist eine zentrale Bewirtschaftung praktisch unmöglich." Ausführlich begründete Eucken sein Konzept der Wettbewerbsordnung und ging dabei deutlich weiter als Erhard. Eucken setzte sich für eine radikale Preisfreigabe und eine zügige Aufhebung aller Bewirtschaftungsmaßnahmen ein, Erhard wollte dagegen an der güterwirtschaftlichen Lenkung für Kohle, Eisen und Stahl, Nichteisenmetalle und Holz festhalten. Bereits auf dieser Sitzung deutete sich eine Differenz an, die später ein Wesensmerkmal der Zusammenarbeit zwischen den Freiburger Wissenschaft-

lern und Erhard wurde. Eucken argumentierte strikt rational im Sinne der Errichtung einer streng durchdachten Wirtschaftsordnung, Erhard dagegen gab wesentliche Elemente dieses Wirtschaftsordnungskonzepts auf, um durch Kompromisse mit Vertretern anderer wirtschaftspolitischer Konzeptionen die Grundrichtung seiner Wirtschaftspolitik nicht zu gefährden. Erhards Kompromissvorschlag reagierte nicht nur auf Expertenmeinungen wie die von Keiser, sondern auch auf die planwirtschaftlich ausgerichteten politischen Richtlinien der westlichen Besatzungsmächte sowie auf die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit. Neben den Gewerkschaften waren auch fast alle führenden Politiker der SPD und der starke Arbeiternehmerflügel der CDU gegen die Einführung einer freien Marktwirtschaft. Mit den stark planwirtschaftlich denkenden Kräften in Politik und Verwaltung sollte Erhard bald täglich zusammenstoßen. Hatte die „Sonderstelle" nur eine beratende Funktion, so regelte die Institution, deren Direktor er am 2. März 1948 wurde, das Wirtschaftsleben in der amerikanisch-britischen Bizone. Nach langen Beratungen in der CDU und gegen den heftigen Widerstand der SPD wählte der Wirtschaftsrat Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet. Erhard trat sein neues Amt am 6. April an und hielt am 21. April vor dem Wirtschaftsrat eine Rede, in der er sein marktwirtschaftliches Reformprogramm klar umriss und durch viele Bemerkungen andeutete, welchen wirtschaftspolitischen Ideen er folgen wollte.[17] Es waren dies die ordoliberalen Vorstellungen einer freien und fairen Wettbewerbsordnung. Unter führenden Mitarbeitern der Verwaltung für Wirtschaft stießen diese Ideen auf Unverständnis. Erhard hatte es hier mit einem Netzwerk zu tun, in dem die Anhänger der Planwirtschaft dominierten. Für die Umsetzung von Erhards Vorstellungen waren deshalb zwei Umstände umso wichtiger. Dem Wissenschaftlichen Beirat, im Januar 1948 von der Verwaltung für Wirtschaft berufen und mit der Aufgabe betraut, die Verwaltung über Preispolitik und Lenkungsmethoden der Wirtschaft zu beraten, gehörten wichtige Vertreter ordoliberaler Reformkonzeptionen an. Bereits auf der Gründungssitzung führte Miksch aus, dass eine Währungsreform nur gelingen könne, „wenn die Interdependenz der Maßnahmen gewährleistet sei und mit Hilfe eines ganz neuen Geldes ohne rekurrenten Anschluss an die gegenwärtige Zirkulation, sofort die Marktwirtschaft in Kraft gesetzt werde". Dem stimmten Eucken, Lampe, Rittershausen, Müller-Armack und Josten lebhaft zu.[18] In dem Gutachten über ,,Maßnahmen der Verbrauchsregelung, der Bewirt-

schaftung und der Preispolitik nach der Währungsreform" vom 18. April sprach sich die Mehrheit des Beirats für die Freigabe der Preisbildung und die Aufhebung der Rationierung aus. Und wie schon im November 1947 war es vor allem Eucken, der dafür plädierte, parallel zur Währungsreform die staatlichen Preisbindungen aufzuheben, alle wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen nach der Währungsreform zu koordinieren und den Missbrauch wirtschaftlicher Macht durch Monopole wirksam zu verhindern. Außerdem begegnete Erhard im Verwaltungsrat zwei Ökonomen, die dort wirtschaftsliberale Auffassungen vertraten und ihm theoretisch zuarbeiteten – Miksch und Heinrich Rittershausen (1898-1984).

Erhard übertrug Miksch bald nach seinem Amtsantritt die Ausarbeitung eines Gesetzes, das die Preisbildung regeln sollte.[19] Am 24. Mai lag ein Entwurf vor, zu dem Erhard sagte, dass „meine [Mikschs] Thesen" völlig seiner Auffassung entsprächen. ,,Erhard ist fest entschlossen zur Marktwirtschaft überzugehen. Er betrachtet, wie ich glaube, mit Recht auch das, was von der Bewirtschaftung übrig bleiben soll, nicht als notwendig, sondern als eine politische Konzession."[20] Erhard musste den Planwirtschaftlern im Verwaltungsrat Konzessionen machen. Nach einer Hauptabteilungsleitersitzung „war er erheblich vorsichtiger, ganz auf Taktik eingeschworen" und bat Miksch, den Gesetzesentwurf so umzuarbeiten, ,,damit die Ignoranten im Wirtschaftsrat glauben, wir wollten nichts anderes als die Verlängerung der Planwirtschaft".[21] Obwohl Edmund Kaufmann (1893-1953), der der CDU angehörende stellvertretende Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, die Textredaktion übernahm und dabei liberale Vorgaben planwirtschaftlich modifizierte, zeichnete sich das am 20. Juni von Erhard angekündigte „Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik" (Leitsätzegesetz) durch einen ordoliberalen Kern aus: Die Freigabe der Preise bekam Vorrang vor staatlicher Festlegung, dem Grundsatz des Leistungswettbewerbs sollte Geltung verschafft werden, monopolistische Strukturen sollten unterbunden werden. Mikschs beharrlicher Einsatz, den vor allem Eucken durch wissenschaftliche Argumente nach Kräften unterstützte, führte dazu, dass die liberalen Ideen im Verwaltungsgang nicht noch weiter verwässert worden. Dieser Einsatz blieb Erhard nicht verborgen: In einem Dienstzeugnis bezeichnete er Miksch als „den Vorkämpfer der Rückkehr zur freien Marktwirtschaft".[22]

Mit dem Leitsätzegesetz wurde in den westlichen Besatzungszonen die Grundlage für eine Wirtschaftsordnung gelegt, die weitgehend ordoliberalen Vorstellungen aus der Schule Euckens entsprach. Ohne die theoretischen Konzepte von Eucken und Miksch, ohne Böhms politischen Einsatz für Erhard, ohne die engagierte Mitarbeit mehrerer Freiburger im Wissenschaftlichen Beirat und vor allem ohne Mikschs taktisch geschicktes, immer aber theoriegeleitetes Handeln in der Verwaltung für Wirtschaft hätte sich Erhard mit seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen wohl kaum durchsetzen können. Die Freiburger Eucken, Böhm und Miksch waren die Wegbereiter des Leitsätzegesetzes und in diesem Sinne auch die Wegbereiter einer Wirtschaftsordnung, die aus wahltaktisch-politischen Gründen bald als „Soziale Marktwirtschaft" bezeichnet wurde. Die Vorgeschichte dieses Gesetzes zeigt aber auch sehr deutlich, dass der Politiker Erhard von Anfang an starke Kompromisse eingehen musste. Bis zur Verabschiedung des Leitsätzegesetzes musste er den Planwirtschaftlern in seiner Behörde und in den beiden großen Parteien CDU und SPD immer wieder Konzessionen machen, durch die die strikt wettbewerbstheoretischen Ansprüche durch planwirtschaftliche und interventionsstaatliche Elemente abgeschwächt wurden.

In welchem Maße Erhard seit Mitte 1948 dann in ein Konfliktfeld geriet, in dem er aus Gründen der politischen Mehrheitsfindung innerhalb der CDU, der Verwaltung für Wirtschaft und später in der Bundesregierung immer wieder eine Vermittlung zwischen ordoliberalen Konzepten und den antiliberalen wirtschaftspolitischen Auffassungen von Industrieverbänden und Gewerkschaften, Mitarbeitern seiner Verwaltung und der politischen Führung bis hin zu Konrad Adenauer (1876-1967)[23] herbeiführen musste, verdeutlichen neben Mikschs Tagebuchaufzeichnungen vor allem Euckens Briefe an Alexander Rüstow.[24] Diese Briefe und Tagebuchnotizen gehören zu den wichtigsten Quellen, um die Einstellung der Freiburger Schule zur Wirtschaftspolitik Erhards nach der Wirtschafts- und Währungsreform zu rekonstruieren. Eucken und Miksch schätzten die „theoretische Sorgfalt, mit der [Erhard] die Probleme durchdiskutiert"[25] und betonten, dass sie zu ihm eine gute Beziehung unterhielten und er „unserem Kreise" nahe stünde.[26] Ihnen wurde aber schon bald nach der Verabschiedung des Leitsätzegesetzes klar, dass Erhards wirtschaftsliberale Auffassungen sowohl in der Verwaltung für Wirtschaft, später dann beim Aufbau des Bundesministeriums für Wirtschaft als auch in der CDU auf heftigen Widerstand stießen. Im Tagebuch hielt Miksch minutiös fest, wie es wirtschaftlichen Interessengruppen

immer wieder gelang, Gesetzesentwürfe in ihrem Sinne zu beeinflussen, sich Privilegien zu erkämpfen und dem Wettbewerb zu entziehen und somit private wirtschaftliche Machtpositionen aufzubauen und zu festigen. Unterstützt wurde dieser Lobbyismus nicht nur von Wirtschaftsverbänden, sondern auch von hochrangigen Vertretern der CDU, die damit auch gegen Erhards Ordnungsvorstellungen opponierten.
Nachdem Rittershausen, neben Miksch „der einzige im Amt, der seit Jahren die Politik vertreten hat, die jetzt durchgeführt worden ist", beurlaubt worden war, hielt Miksch schon Mitte 1948 resignierend fest: ,,Man benützt uns Liberale, solange man uns gegen die Linke braucht, aber wenn der zweite Teil des Programms an die Reihe kommen soll, schickt uns der Interessentenkapitalismus in die Wüste."[27]

Diese resignative Stimmung hielt an, als Miksch und Eucken sahen, wie Erhard nach und nach Abstand vom Freiburger Modell der Wettbewerbsordnung nahm. Sie registrierten Erhards Schwierigkeiten in der CDU, radikal von der „Zwangswirtschaft" Abschied zu nehmen[28], mussten aber auch immer wieder feststellen, dass Erhard enge Verbindungen zu wirtschaftlichen Machtgruppen unterhielt: ,,Das ist überhaupt etwas, was schwer herauszubekommen ist, wie weit hinter dem Kurse Erhards Interessen stehen."[29] Trotz aller Bedenken gegen Erhards wirtschaftspolitische Zugeständnisse glaubten Eucken und Miksch, ,,dass Erhard sich sagt, man müsse zuerst einmal die Marktwirtschaft durchsetzen, auch wenn sie nicht so wird, wie sie eigentlich sein müsste, dass er also gleichsam das kleinere Übel wählt".[30]
Die Freiburger reagierten auf diese Situation auf dreierlei Weise: Vor allem Miksch ließ keine Gelegenheit aus, um Erhard immer wieder auf die „universelle Wettbewerbsordnung, für eine Wirtschaft ohne private Macht, die nur von Recht und Gesetz regiert wird und nicht von der Willkür einer staatlichen Bürokratie" hinzuweisen und alle konkreten wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf dieses „schöne Ziel" zu beziehen." Eucken und Miksch erklärten in Vorträgen und Gesprächen, „dass das, was jetzt geschieht, auch wenn man es prinzipiell billigt, nicht als das angesehen werden kann, was die Freiburger Schule anstrebt", dass die Wirtschaftspolitik der gerade gegründeten Bundesrepublik also ein Kompromiss ist, der verschiedene Interessen ausgleichen soll, nicht aber die direkte Umsetzung des Konzepts der Wettbewerbsordnung.[32] Vor allem Eucken engagierte sich, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und

Vertretern der katholischen Soziallehre den Gedanken der Wettbewerbsordnung zu erläutern und ihnen zu verdeutlichen, dass gerade diese Ordnung die Interessen der Arbeiterschaft am besten befriedige.[33] Obwohl Eucken und Miksch die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1949 immer heftiger kritisierten, setzten sie weiter auf Erhard; sie sahen keine politische Alternative. Erhard, so Miksch, werde bewusst ausgeschaltet, er komme gegen Adenauer[34] nicht an. Eucken versuchte noch in einer seiner letzten Arbeiten[35] die wettbewerbsfeindlichen Tendenzen der aktuellen Wirtschaftspolitik aufzuzeigen und hoffte so, Erhard unterstützen zu können. Zu diesem Aufsatz schrieb er an Rüstow:

> Der kleine Aufsatz, den ich Ihnen sandte, hat einen gewissen politischen Hintergrund. Wie Sie bemerkt haben werden, wendet er sich gegen die Tendenzen der Interessentengruppen in Landwirtschaft und Industrie, die wieder eine ganz außerordentliche Macht auszuüben beginnen. Erhard ist ziemlich isoliert. Zwar hat er Freunde auch in den großen Parteien. Aber es ist wirklich zu fürchten, dass wir wieder in die alten Fehler zurückfallen.[36]

Die von ihm beobachteten Tendenzen erinnerten Eucken allzu sehr an die Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik. Diese Politik war bestimmt durch punktuelle Interventionen der verschiedenen Regierungen und den verheerenden Einfluss wirtschaftlicher Machtgebilde wie Verbände, Gewerkschaften, Monopole und Kartelle auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Staates. Sollte es Erhard nicht gelingen, die alten Fehler der „Wirtschaftspolitik der Experimente" zu vermeiden, so müssen wir, so Eucken und Miksch „ernsthaft daran denken, von dem gegenwärtigen Regierungskurs deutlich abzurücken. Das Kabinett Adenauer erweist sich immer mehr als eine Interessentenregierung. Landwirtschaftliche und schwerindustrielle Einflüsse haben sich vereinigt. Wir können nicht länger zusehen. Man wird später sagen, es seien unsere Ideen gewesen".[37]

1 Ludwig Erhard: Franz Böhms Einfluss auf die Politik, in: Heinz Sauermann/Ernst-Joachim Mestmäcker (Hg.): Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung. Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag, Tübingen 1975, S. 15-21, hier S.15.

2 Die Literatur zur Bedeutung der Freiburger Schule für die Herausbildung der Sozialen Marktwirtschaft ist sehr umfangreich. Dass es bei der Interpretation dieser Beziehung zu heftigen Kontroversen kam und kommt, ist keine Überraschung. Ungeachtet aller Differenzen in der Bewertung des Einflusses Euckens und anderer Ordoliberaler auf die Politik der Sozialen Marktwirtschaft , zeichnen sich die folgenden Arbeiten durch eine genaue Analyse der Texte und eine umfassende Berücksichtigung des historischen Kontextes aus: Gerold Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland , Stuttgart 1977; Walter Oswalt: Die falschen Freunde der offenen Gesellschaft, in: Walter Eucken: Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung, Münster u. a. 2001, S. 87-152; Rainer Klump: Der Beitrag der Freiburger Kreise zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, in: Nils Goldschmidt (Hg.):Wirtschaft , Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand , Tübingen 2005, S. 383-401; Nils Goldschmidt/ Michael Wohlgemuth: Social Market Economy: origins, meanings and interpretations, in: Constitutional Political Economy 19,3 (2008), S. 261- 276.

3 Umfassend wird man dieses Thema erst nach der Erschließung des Nachlasses von Walter Eucken bearbeiten können . Die Nachlasserschließung und sukzessive Verzeichnung aller Nachlassdokumente in einer frei zugänglichen Internetplattform hat Ende 2013 an der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena begonnen.

4 Leonhard Miksch: Wettbewerb als Aufgabe, Stuttgart 1937; 2., erw. Aufl. Godesberg 1947.

5 Zu Miksch vgl. Arnold Berndt/Nils Goldschmidt: ,,Wettbewerb als Aufgabe" - Leonhard Mikschs Beitrag zur Ordnungstheorie und -politik, in: ORDO 51(2000), S. 33-74 sowie die Beiträge in Lars P. Feld/Ekkehard A. Köhler (Hg.): Wettbewerb und Monopolbekämpfung. Zum Gedenken an Leonhard Miksch, Tübingen 2014. Ich gehe in meinem Beitrag zu dem Band von Feld und Köhler auf Mikschs ambivalente Haltung zum Nationalsozialismus ein.

6 Leonhard Miksch: Tagebuch 1945-1950. Das maschinenschriftliche Original befindet sich in Familienbesitz; ich zitiere aus einer Kopie, die mir Frau Helga Serrano-Miksch, die Tochter von Leonhard Miksch, zukommen ließ. Ein Digitalisat des Tagebuchs befindet sich im Walter Eucken Institut Freiburg. Die Edition des Tagebuchs wird von einer Arbeitsgruppe des Walter Eucken Instituts Freiburg, des Walter Eucken Archivs Frankfurt am Main und der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena vorbereitet.

7 Der Frage, wie „der modernen industrialisierten Gesellschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung gegeben werden" könne, widmete sich Eucken seit Beginn der 1930er Jahre; die Formulierung findet sich bei Eucken in den „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik" im 1. Kapitel.

8 Walter Eucken: Über die Gesamtrichtung der Wirtschaftspolitik [Januar 1946], in: Ders.: Ordnungspolitik , hg. von Walter Oswalt, Münster 1999, S. 16 f.

9 Fh.-l - 17-lQ

10 Ebd., S. 21-24.

11 Miksch: Tagebuch (Anm. 6), Eintrag vom 5. Oktober 1946.

12 Vgl. Miksch: Tagebuch (Anm.6), Einträge vom 4. und 15. Januar 1947.

13 Eine Übersicht über Mikschs Zeitungsbeiträge der Jahre 1947-1950 findet sich in der Miksch Bibliografie in Feld/Köhler: Wettbewerb und Monopolbekämpfung (Anm. 5); Euckens Beiträge sind auf den Internetseiten des Walter Eucken Instituts www.walter-eucken-institut.de bibliografisch erfasst.

14 Die Sonderstelle Geld und Kredit war ein deutsches Expertengremium, das vom Wirtschaftsrat, dem Parlament der vereinigten amerikanisch-britischen Bizone, eingerichtet wurde, um die Amerikaner und Briten bei der Vorbereitung der Währungsreform zu unterstützen.

15 Wann Erhard erstmals etwas von Eucken gehört oder gelesen hat, lässt sich nicht genau nachweisen. Wahrscheinlich wurde er mit Arbeiten Euckens bekannt, als er nach seiner Tätigkeit als bayerischer Wirtschaftsminister 1947 eine Honorarprofessur in München innehatte. An der Universität gehörte er einem Zirkel um den neoklassischen Nationalökonomen Adolf Weber (1876-1963) an, in dem die damals an Einfluss gewinnenden Auffassungen Euckens kritisch diskutiert wurden. Zu Erhards Rezeption ordoliberaler Gedanken vgl. vor allem Patricia Commun: Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus . Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchszeiten (Freiburger Diskussionspapiere zur Ord-

nungsökonomik; 04/4), Freiburg 2004.

16 Wir folgen bei der Darstellung dieser Debatte Volkhard Laitenberger: Auf dem Weg zur Währungs- und Wirtschaftsreform, in: Soziale Marktwirtschaft. Bilanz und Perspektive, Bonn 1988. S. 7-27. hier S. 10-12.

17 Ludwig Erhard: Der Weg in die Zukunft. Rede vor der 14. Vollversammlung des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes am 21. April in Frankfurt am Main , in: Ders: Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft, Düsseldorf u. a. 1962, S. 37- 61.

18 Miksch: Tagebuch (A nm. 6). Eintrag vom 23. Januar 1948.

19 Einen ersten Entwurf bearbeiteten Miksch und Rittershausen schon Ende November 1947. Im Tagebuch heißt es am 24. November 1947: ,,Rittershausen kam gestern noch spät abends herüber mit einem Rohentwurf zu einem wirtschaftlichen Verfassungsgesetz, den wir dann gemeinsam vervollständigten und redigierten."

20 Ebd., Eintrag vom 24. Mai 1948.

21 Ebd., Eintrag vom 26. Mai 1948.

22 Staatsarchiv Freiburg C 25/2.

23 Zu den Konflikten zwischen Adenauer und Erhard auf dem Feld der Wirtschaftspolitik vgl. Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer , Stuttgart 1987.

24 Euckens Briefe an Rüstow liegen im Nachlass Rüstow im Bundesarchiv Koblenz unter der Signatur N 1169/3.

25 Miksch: Tagebuch (Anm. 6), Eintrag vom 5. April 1949.

26 Brief Euckens an Rüstow vom 7. Februar 1949.

27 Miksch: Tagebuch (Anm. 6), Einträge vom 1. und 12. Juli 1948.

28 Ebd., Eintrag vom 12. Oktober 1948.

29 Ebd., Eintrag vom 4. Dezember 1948; ähnlich am 22. Juli 1949 bei Betrachtungen über Interessenpolitik im Umkreis Erhards:
„Nur Erhards Rolle gibt mir einige Rätsel auf."

30 Ebd., Eintrag vom 15. Juni 1949.

31 Ebd., Eintrag vom 13. Februar 1949. Wichtige Gespräche mit Erhard hat Miksch noch am selben Tage im Tagebuch festgehalten.

32 Ebd., Eintrag vom 23. Juni 1949; ähnlich auch die Einträge vom 1. November und 20. Dezember 1949. Am 1. November schreibt Miksch gar, dass dann, wenn die Bundesregierung die Ideen der Freiburger Schule weiter missbrauche, man den Trennungsstrich sehr entschieden ziehen müsse.

33 Briefe Euckens an Rüstow vom 14. Juli 1948, 7. Februar 1949 und 29. März 1949.

34 Vgl. Miksch (Anm. 6), Eintrag vom 20. Dezember 1949.

35 Miksch: Tagebuch (Anm. 6), Eintrag vom 20. Dezember 1949. Walter Eucken: Von der alten zur neuen Wirtschaftspolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Dezember 1949, S. 11.

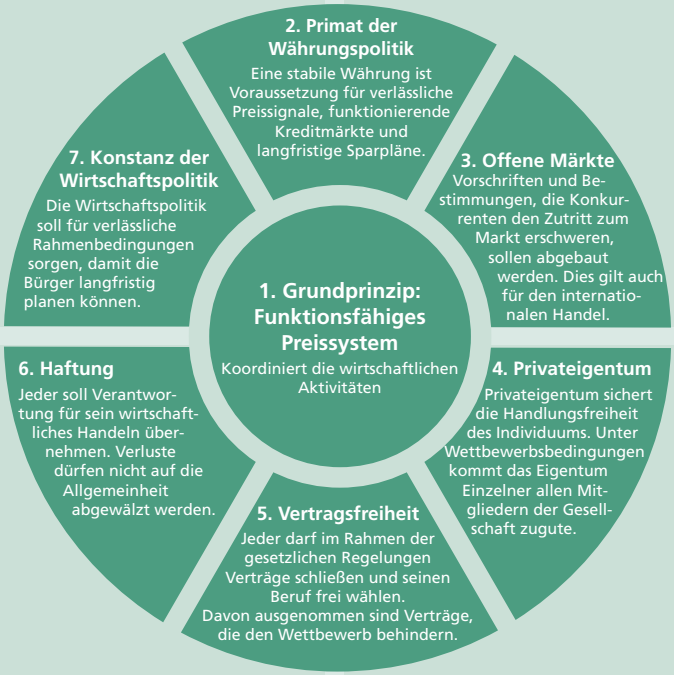
36 Brief Euckens an Rüstow vom 8. Februar 1950.

37 Miksch: Tagebuch/Anm. 6), Eintrag vom 20. Dezember 1949.

Konstituierende und regulierende Prinzipien

1. Monopolkontrolle
Eine Wettbewerbsbehörde soll die Entstehung von schädlichen wirtschaftlichen Machtpositionen (z.B. Kartelle, Monopole) verhindern.

2. Einkommenspolitik
Einkommen sollen in einem gewissen Maße umverteilt werden, um die Bedürfnisse der Ärmsten in der Gesellschaft zu befriedigen.



4. Anomales Verhalten des Angebots
Wenn der Arbeitsmarkt nicht den Gesetzen von Angebot und Nachfrage folgt, kann der Staat korrigierend eingreifen.

3. Korrektur externer Effekte
Negative Auswirkungen wirtschaftlicher Tätigkeit auf Dritte (z.B. Umweltverschmutzung) sollen in die Wirtschaftsrechnung der Unternehmen aufgenommen und damit reduziert werden.

Die Suche nach einer guten Ordnung als gemeinschaftliche Aufgabe

Erste Tagung der Mont Pèlerin Society vom 1. bis 10. April 1947 in Vevey (Schweiz). Abgebildet sind Friedrich von Hayek als Präsident sowie v.r.n.l.: Carl Iversen, Walter Eucken, Ludwig von Mises.

Foto: MPS

Euckens Positionen zur Wirtschaftspolitik wurden durch zahlreiche Kontakte mit Wissenschaftlern und Politikern aus dem In- und Ausland geprägt. Um den wissenschaftlichen Austausch zu fördern, gründete er **1948** zusammen mit Franz Böhm die **Zeitschrift ORDO**. Sie trägt den Untertitel **„Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft"** und erscheint bis heute. Zu den zahlreichen namhaften Autoren gehören die Nobelpreisträger James M. Buchanan, Milton Friedman, Friedrich A. von Hayek, Thomas C. Schelling und George J. Stigler.

Auf Einladung Hayeks nahm Walter Eucken im **April 1947** an der Gründungsversammlung der **Mont Pèlerin Society** teil, bei der eine internationale Gruppe liberaler Ökonomen, Philosophen und Historiker zusammenkam. Eucken – als einziger Teilnehmer aus dem besiegten Deutschland – konnte zahlreiche internationale Kontakte knüpfen oder vertiefen. Sein **Konzept der staatlich geregelten Wettbewerbsordnung** prägte sowohl Hayeks programmatische Begrüßungsrede als auch viele Debatten der Tagung. Wie aus der Korrespondenz im Nachlass hervorgeht, hinterließ Eucken bei den Teilnehmern der Tagung einen außerordentlichen Eindruck.

Erstausgabe der Zeitschrift ORDO, 1948

Foto: Walter Eucken Institut

Erste Tagung der Mont Pèlerin Society vom 1. bis 10. April 1947 in Vevey (Schweiz).
Abgebildet sind v.l.n.r.: Ludwig von Mises, Walter Eucken, Carl Iversen.

Foto: MPS

Dr. Uwe Dathe
Kurzbiographie

Geb. 1962 in Herzberg/Elster. Studium der Philosophie, Logik und Rumänistik in Leipzig; Dr. phil.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Forschungsprojekten der Universitäten Leipzig, Jena und Braunschweig. 2000 – 2005 Lektor des DAAD an der Universität Kiew. Derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik der Friedrich-Schiller-Universität Jena und an der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (Erschließung und wissenschaftliche Auswertung des Nachlasses von Walter Eucken).

Veröffentlichungen: Gottlob Frege. Werk und Wirkung 2000; (Mithg.) Phänomenologie und die Ordnung der Wirtschaft, 2009; (Bearb.) Nachlassverzeichnis Rudolf Eucken 2011; (Mithg.) Alexander Cartellieri. Tagebücher eines deutschen Historikers, 2013; Aufsätze zur Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte, zum Ordoliberalismus und zur Transformation in Osteuropa.

Walter Eucken (1891 – 1950)
Kurzbiographie

Walter Eucken wird am 17. Januar 1891 in Jena geboren. Sein Vater, Rudolf Eucken (1846–1926), ist Universitätsprofessor und einer der prominentesten Philosophen des Kaiserreichs. Seine Mutter, Irene Eucken (1863–1941), ist Malerin.

Walter und seine Geschwister Arnold (1884–1950) und Ida (1888–1943) werden früh durch die geistige Atmosphäre des Elternhauses geprägt, in dem Gesprächsabende, Lesungen und Konzerte stattfinden und internationale Studierende, bedeutende Philosophen, Theologen, Historiker, Schriftsteller, Musiker und Avantgarde-Künstler zu Gast sind.

Sein Studienpensum umfasst neben den wirtschaftswissenschaftlichen auch historische, juristische, philosophische und kunstgeschichtliche Lehrveranstaltungen, so dass er sich eine breite Bildung erwirbt.

Eucken absolviert den Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger, später wird er zum Kriegsdienst an der Front eingezogen.

Nach Kriegsende kehrt Eucken in die Wissenschaft zurück.

Im März 1921 habilitiert sich Eucken und lehrt bis März 1925 als Privatdozent an der Universität Berlin.

Von Dezember 1920 bis März 1924 ist Eucken zudem beim Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) in Berlin tätig. Dort hat er sich mit Kartellfragen in der Textilindustrie zu befassen und erhält dabei tiefen Einblick in wirtschaftliche Machtkämpfe. Eine praktische Erfahrung, die seine theoretischen und wirtschaftspolitischen Ansichten entscheidend beeinflusst.

Im Dezember 1920 verheiratet sich Walter Eucken mit Edith Erdsiek (1896–1985), einer schriftstellerisch begabten Studentin. Aus der Ehe gehen zwei Töchter und ein Sohn hervor.
Am 1. April 1925 tritt Eucken eine ordentliche Professur an der Universität Tübingen an und übernimmt dort im Studienjahr 1926/27 das Amt des Dekans. Zwei Jahre später, zum 1. Oktober 1927, folgt er dem Ruf auf die Professur für Volkswirtschaftslehre an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, die er bis zu seinem Tod innehat.

In Freiburg trifft er auf eine von freiheitlichem Geist geprägte Geselligkeit, wie er sie aus dem Elternhaus kennt und in Freiburg fortführt.
Eucken schließt sich 1932 dem Bund für freie Wirtschaftspolitik an und wendet sich entschieden gegen damals von der Politik favorisierte Autarkiepläne und gegen jede Art von Protektionismus.

Gemeinsam mit den zwei Juristen Franz Böhm (1895–1977) und Hans Großmann-Doerth (1894–1944) begründet Eucken 1937 die Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“: Es geht ihnen um die Schaffung eines gesellschaftlichen und politischen Ordnungsrahmens für die Wirtschaft, der den Wettbewerb als Ordnungsprinzip sichert.

Dem NS-Regime steht Eucken von Anfang an ablehnend gegenüber und scheut sich nicht, dies öffentlich zu äußern. So tritt Eucken dem ab April 1933 amtierenden Rektor der Freiburger Universität, Martin Heidegger, entschieden entgegen, als dieser das Führerprinzip einführt und die akademischen Freiheiten aufhebt. 1936 erregt Eucken großes Aufsehen, als er vor großem Publikum geistige Tyrannei und Machtmissbrauch der nationalsozialistischen Wissenschaftsauffassung geißelt und für ein Streben der Wissenschaft nach Wahrheit plädiert.

Nach dem 20. Juli 1944 kommt die Geheime Staatspolizei der Arbeit der Freiburger Kreise, die im Widerstand gegen das NS-Regime sind und für die sich Eucken engagierte, auf die Spur. Eucken wird zweimal unter Folterandrohung verhört.

Als die französischen Truppen im April 1945 auf Freiburg vorrücken, engagiert er sich sofort für den organisatorischen Neuanfang der Universität und wird

in der ersten Nachkriegsversammlung der Ordinarien am 25. April 1945 zum Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät gewählt.

Ab 1947 wirkt Eucken als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, ab 1948 dann im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium mit. Eucken plädiert dafür, gleichzeitig mit der Währungsreform auch die Preise freizugeben und die Bewirtschaftungsmaßnahmen aufzuheben.

Am 20. März 1950 verstirbt Eucken überraschend in London.

Herausgeber:

Aktionskreis Freiburger Schule
Goethestraße 10
D-79100 Freiburg
Fon: +49-761-79097-0
Fax: +49-761-79097-97
info@ aktionskreis-freiburger-schule.de
www.aktionskreis-freiburger-schule.de

an alle, die unsere Ausstellung
so großartig unterstützen

Neue Universitätsstiftung Freiburg
Dasy GmbH
Eugen-Martin-Stiftung
Ganter Interior
Julius von Gleichenstein
Martha Kempter Stiftung
Dr. Selz Immobilien
Landesbank Baden-Württemberg
Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau
Sparkasse Lörrach
Stadt Freiburg
Südwestmetall

Hier könnte auch Ihr Name oder Ihr Logo stehen …

Spendenkonto:
IBAN: DE48 6809 0000 0025 6222 00

Aktionskreis **Freiburger Schule**
Initiative für Ordnungspolitik

Goethestraße 10, D-79100 Freiburg im Breisgau
Telefon: +49 761 79097-0, aktionskreis@freiburger-schule.de
www.aktionskreis-freiburger-schule.de

Walter Eucken **Institut**
ORDO → Constitutio in Libertate

Goethestraße 10, D-79100 Freiburg im Breisgau
Telefon: +49 761 79097-0, wei-freiburg@eucken.de
www.eucken.de

UNI FREIBURG

Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Friedrichstraße 39, 79098 Freiburg
Telefon: +49 0761 203-0, info@uni-freiburg.de
www.uni-freiburg.de